Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 13. März 1885. Nr. 121.

Deutschland.

Berlin, 12. März. Ueber den französischen Sieg bei Kelung schreibt die „Nat.-Ztg.“:

Die französischen Kriegsoperationen gegen China haben in letzter Zeit einen wesentlich günstigen Verlauf genommen. Wenn insbesondere auf der Insel Formosa der französischen Kriegsleitung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenzustehen schienen, so haben nunmehr die Energie und die Ausdauer des Admirals Courbet bei Kelung, im Norden der Insel, einen ersten bedeutsamen Erfolg erzielt. Nach fünftägigem, heißem Kampfe sind die befestigten Stellungen der Chinesen um Kelung genommen worden. Freilich erlitten die Franzosen bei diesen Kämpfen große Verluste, die in dem Telegramm der „Agence Havas“ auf 40 Todte und 200 Verwundete beziffert werden, in Wirklichkeit aber noch höher sein dürften.

Kelung ist der beste Hafen der Insel Formosa und hat ungefähr 20,000 Einwohner. Was die von den Franzosen in Sturm genommenen Befestigungen betrifft, so sind dieselben allem Anscheine nach mit denjenigen identisch, durch welche bisher das Vordringen der französischen Expeditionstruppen zu den auf der Insel befindlichen Kohlenbergwerken verhindert wurde. Freilich könnten sich die Franzosen enttäuscht sehen, wenn sie darauf rechnen sollten, sofort in den Besitz der für ihre Kriegsschiffe erforderlichen Kohlen zu gelangen. Nachdem England aus Anlaß des in den chinesischen Gewässern herrschenden Kriegszustandes seine Neutralität proklamirt und damit die französische Kriegsleitung außer Stande gesetzt hat, Kohlen von den englischen Stationen zu beziehen, wäre es für Admiral Courbet eine große Erleichterung, die Steinkohlen, welche in den eine Meile von Kelung entfernten Bergwerken bearbeitet wurden, zu beziehen. Wurde doch der Bergbau daselbst geraume Zeit hindurch völlig rationell betrieben, und zwar geschah dies zunächst unter Leitung englischer Ingenieure mit Maschinen, welche aus England geliefert worden waren. Später leiteten Chinesen, die in Europa den Minenbau studirt hatten, die Arbeiten. Als jedoch im August v. J. das Bombardement Kelungs durch die Franzosen erfolgte, wurden die Bergwerke, wie zuverlässig verlautet, von den Chinesen gesprengt. Immerhin wäre es für die Franzosen ein bedeutender Erfolg, in den Besitz dieser Minen zu gelangen, wenn es auch größerer Arbeiten bedürfte, jene wiederum für Kriegszwecke nutzbar zu machen.

Für die französische Kriegsleitung wird es jetzt darauf ankommen, den anderen strategisch wichtigen Punkt im Norden der Insel, die an der Mündung des Kelungflusses gelegene, etwa 90,000 Einwohner zählende Stadt Tamsui zu nehmen. Als vor mehreren Monaten daselbst ein Landungsversuch gemacht wurde, erlitten die Franzosen eine empfindliche Schlappe, da die durch Buschwerk gedeckten Chinesen im Stande waren, den gelandeten Truppen empfindliche Verluste beizubringen, so daß sie zum Rückzuge genöthigt waren. Die Situation der Franzosen gestaltete sich besonders dadurch mißlich, daß die See bei Tamsui nicht die erforderliche Tiefe aufweist, um den Kriegsschiffen eine Annäherung zu gestatten.

Gelingt es nunmehr aber den Franzosen, ins Innere der Insel Formosa vorzudringen, so stände auch der Fall Tamsui's in sicherer Aussicht, da dieser wichtige Punkt von der Landseite aus eingeschlossen werden könnte. Da das Kriegsglück sich auch in Tonkin in letzter Zeit den Franzosen günstig erwiesen hat, so daß die letzteren unmittelbar an der chinesischen Grenze sich in sicheren Positionen befinden, wird sich die Regierung in Peking immer weniger der Nothwendigkeit entziehen können, den französischen Forderungen gegenüber Entgegenkommen zu beweisen, zumal sich alle bisherigen Winkelzüge aussichtslos gezeigt haben. In diesen Tagen zirkulirten denn auch bereits Friedensgerüchte, die sich, wie man hoffen darf, im Hinblick auf die militärische Ueberlegenheit Frankreichs bald verwirklichen werden.

— Der beabsichtigte Besuch des Prinzen von Wales in Dublin bringt zunächst eine gewisse Entzweiung unter den irischen Patrioten hervor. Der Lord-Mayor von Dublin, ein Mitglied der Nationalliga, hatte ursprünglich den Besuch für eine Beleidigung Irlands erklärt und mit Einziehung seiner Flagge am Tage des Einzugs gedroht. Später aber besann er sich eines Anderen und nahm jene Aeußerungen in einer öffentlichen Erklärung zurück. Seitdem ist er der Gegenstand wüthender Angriffe und Demonstrationen der Parnelliten; er hat auch bereits mehrere Drohbriefe erhalten und soll unter polizeilichen Schutz gestellt werden. Indessen steht er, indem er dem Prinzen gegenüber ein gesittetes Verhalten als das richtigere erkannt hat, nicht allein; wie aus Dublin telegraphirt wird, wurde in einer gestern stattgehabten Versammlung von der Nationalpartei angehörenden Mitgliedern des Dubliner Gemeinderaths beschlossen, an Parnell eine Mittheilung gelangen zu lassen, in welcher demselben empfohlen wird, anläßlich des Besuches des Prinzen von Wales eine neutrale der Munizipalität würdige Haltung einzunehmen. Nach lebhafter Debatte vertagte sich die Versammlung schließlich bis Sonnabend.

Das Eintreffen des Prinzen von Wales ist offiziell für Mittwoch den 8. April angekündigt.

— Der „Köln. Ztg.“ wird berichtet: Jüngst sind in Massauah (Afrika) 2 Griechen und 1 Kopte angekommen, die ein Jahr lang bei dem Mahdi verweilten; was sie über dessen Herrlichkeit erzählten, ist durchaus nicht verlockend. Sie wohnten ursprünglich in der Stadt Ghedarif. Als dieselbe von den Mahdisten genommen wurde, verbargen sie sich, ergaben sich aber später dem Mahdi und wurden unter der Bedingung des Uebertritts und der Uebergabe ihrer Habe und ihres Gutes an den Beit-ul-Mal, den „öffentlichen Schatz“, geschont. Sie erhielten darauf selbst aus diesem Schatz einen Monatssold von 15 Thalern ausgezahlt. Dieser Schatz war die fast einzige Staatseinrichtung, welche der Mahdi an Stelle des Bestehenden setzte. Er schaffte alle Abgaben und Zehnten ab, setzte die bestehenden Würden der Dorfältesten außer Wirksamkeit und nationalisirte den Grund und Boden in einer Weise, daß Wallace, Henry George und Parnell ihn mit Freuden als praktischen Kollegen begrüßen würden. Am schlimmsten kamen bei ihm die Kapitalisten weg, die Kaufleute, die ab und zu aufs fürchterlichste gebrandschatzt wurden und dann immer noch gute Miene zum bösen Spiele machen mußten; denn der Mahdi versprach ihnen dafür Antheil an der gemeinsamen Beute von den Ungläubigen der ganzen Welt und im andern Leben die ewige Seligkeit. Aber glänzend war bei alledem des Mahdi Geschäft nicht; und diesem Umstande verdankten die obigen drei ihr Entkommen. Denn als im öffentlichen Schatze wieder große Ebbe eingetreten, spiegelten sie ihm vor, daß sie in Ghedarif noch rückständige Schulden eintreiben könnten, die natürlich in den Beit-ul-Mal fließen würden. Der Mahdi entließ sie, und darauf schlugen sie stracks den Weg ostwärts statt südwärts ein und entkamen so nach Massauah. Wie der Mahdi es aber anfangen wird, wenn der Sudan erschöpft ist und keine Städte mehr zu plündern sind, ist schwer zu sagen.

— General Brackenbury hat die Thalfahrt auf dem Nil mit überraschender Schnelligkeit zurückgelegt. Er ist mit seinen Truppen laut Mittheilungen der englischen Presse aus Korti dort bereits am vergangenen Sonntag eingetroffen.

Mit Bezug auf die Suakin-Berber Eisenbahn wird der „Morning Post“ ebenfalls aus Korti geschrieben:

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen über die Zeit, welche die Anlegung einer nur 10 Meilen langen Eisenbahnstrecke erfordert, wird es gut sein, wenn in England betreffs irgend eines unverzüglichen militärischen Vorrückens vermittelst der Suakin-Berber Eisenbahn keine unbilligen Erwartungen gehegt werden. Obwohl schließlich die Eisenbahn eine große Wirkung bei der Pazifizirung des Sudan haben muß, und, wenn fertiggestellt, unzweifelhaft von strategischem Werthe sein wird, so darf man sich auf die Linie als ein Mittel zum Vormarsch während des kommenden Herbstes durchaus nicht verlassen. Selbst mit Berber in unserm Besitz, könnte die Bahn von dort nach Suakin nicht in einem Jahre gelegt werden, und so lange Berber in den Händen des Feindes bleibt, kann diese Bahn überhaupt nicht gebaut werden. Wir dürfen jetzt nicht auf die Beförderung von Truppen zur Eroberung von Berber durch eine Eisenbahn rechnen, welche die Einnahme von Berber erfordert, ehe sie fertiggestellt werden kann.

— Thatsächlich herrscht auf dem Kriegsschauplatz am Nil Waffenruhe. Zur Erklärung dieses Umstandes soll wahrscheinlich folgende Nachricht aus Korti, 9. März, dienen: „Es sind unter den Eingeborenen beständig Gerüchte im Umlauf, daß der Mahdi seine Emire instruirt hat, die Stämme daran zu hindern, die britischen Truppen zu belästigen. Er erklärt, daß er schließlich siegreich sein muß, und daß die Sonne seine Schlachten für ihn beendigen wird.“ Wahrscheinlicher ist es, daß der Mahdi einen Theil seiner Mannschaften hat entlassen müssen, um in der Heimath die Erntearbeiten zu verrichten, und dadurch zur Waffenruhe genöthigt ist.

— Nachdem das Gebiet zwischen der Mündung des Oranje-Flusses und dem Kap Frio, ausschließlich der Walfischbai, unter den Schutz des Kaisers gestellt worden, sind die deutsche und großbritannische Regierung dahin übereingekommen, durch eine in der Kapstadt zusammentretende gemischte Kommission die Ansprüche auf Privateigenthum oder Nutzungsrechte prüfen zu lassen, welche vor der deutschen Schutzerklärung englische Unterthanen in dem unter deutschen Schutz gestellten Gebiete und deutsche Reichsanhörige in der Walfischbai und auf den in der englischen Besitzergreifungsurkunde vom 27. Februar 1867 genannten Inseln bei Angra Pequena erworben zu haben behaupten. Deutsches Mitglied der Kommission ist der General-Konsul Dr. Bieber.

— Wie betreffs der Huon-Bai an der Nordküste von Neu-Guinea, so scheint auch hinsichtlich des Kamerun-Gebietes eine Verständigung zwischen Deutschland und England erzielt zu sein. Der „Times“ zufolge ist zwischen dem Grafen Herbert Bismarck und Granville eine Vereinbarung getroffen worden, wonach der Distrikt zwischen der Baptistenkolonie Viktoria und dem Rio del Rey an Deutschland abgetreten werde. Viktoria bleibe englisch; Deutschland verpflichte sich, das Gebiet im Westen des Rio del Rey unbehelligt zu lassen und etwaige Omissionen in den englischen Verträgen mit den Negerstämmen im Nigerdistrikte nicht für sich auszubeuten. — Der Rio del Rey, der im Westen des deutscherseits in Besitz genommenen Küstenstriches am Kamerun-Gebiete ins Meer fließt, ist ein zur Grenze geeigneter, nicht unbedeutender Fluß. Wir verstehen die Vereinbarung so, daß sie sich auch auf das Hinterland der zunächst unter deutsches Protektorat gestellten Küstenstrecke bezieht, sodaß der auf eigene Faust unternommene Versuch des Polen Rogozinski, dort durch Aufsetzung der Engländer die Entwickelung der deutschen Kolonie zu unterbinden, vereitelt ist. Die Baptistenkolonie Viktoria würde dann eine Enklave im deutschen Gebiet bilden; die englische Flagge ist dort im vorigen Sommer von dem vielgenannten Konsul Hewitt gehißt worden, als Dr. Nachtigal im Kamerun-Gebiet die Besitzergreifung für Deutschland vornahm. Bekanntlich soll die — bis jetzt nicht bestätigte — Niederholung der englischen Flagge durch Deutsche an diesem Punkte erfolgt sein.

— Heute hält das englische Kabinet eine Sitzung, in welcher, wie der „Standard“ wissen will, wichtige Depeschen der russischen Regierung berathen werden. Mit Lord Granville konferirte gestern der persische Gesandte angeblich über die Beziehungen Persiens zu der afghanischen Grenzfrage. Diese Unterredung dürfte, wie der jüngst telegraphisch gemeldete „Kriegsrath“, wenig mehr als Spiegelfechterei seien; ein Blick auf die Karte zeigt, daß Persien zu Allem eher, als zum Alliirten Englands gegen Rußland sich eignete. Jedenfalls hätte eine solche Allianz eine Betheiligung der Türkei, welcher die Perser bekanntlich als Ketzer gelten, also etwas überaus Unwahrscheinliches, zur Voraussetzung. Das Vorrücken der Russen vom Zulfikar-Passe aus hatte zunächst das $2^{1}/_{2}$ deutsche Meilen weiter südwärts gelegene Nibalscheni zum Ziele, womit an diesem Punkte die Gebirgsgrenze so ziemlich erreicht wäre.

Ausland.

Paris, 10. März. Es wird bemerkt, daß die „Republique francaise“ seit einiger Zeit sich fast täglich über den Fürsten Bismarck in persönlich sehr unfreundlicher Weise auszulassen beliebt. So auch in einem Leitartikel von heute, in dem sie von den „usurpations prussiennes“ in Guinea spricht, dann dem Fürsten Bismarck schuld giebt, Rußland zu einem Zuge nach Indien zu drängen, und endlich fortfährt: Der Prätor beschäftigt sich nicht mit Kleinigkeiten; als solche aber betrachtet der Kanzler alles, wobei er keinen anständigen Maklerlohn herausschlagen kann . . . Er giebt nichts für nichts; manchmal aber macht es ihm Spaß — der Zeitvertreib eines gutgelaunten finsteren Riesen, sich sehr viel für nichts geben zu lassen . . . . Gerade der Kanzler hat den Vormarsch der Russen gegen Zentralasien hervorgerufen. Selbstredend drängt Fürst Bismarck auch die Oesterreicher nach Saloniki, also daß die „Republique francaise“ von großer „Trauer“ erfüllt ist. Es wäre interessant, zu wissen, auf welchem Wege diese Artikel in das anerkannte Organ des Ministeriums gekommen sind, und ob Herr Jules Ferry die darin ausgesprochene Ansicht theilt.

Paris, 10. März. Die Zahl der Todten und Verwundeten der Franzosen in den Gefechten bei Tuyen-Kuang, die äußerst blutig waren, ist viel bedeutender, als die bisher veröffentlichten Depeschen angeben; namentlich die Marine-Infanterie hat stark gelitten. Bis jetzt veröffentlicht General Lewal seine neuesten Mittheilungen noch nicht; es heißt nur, daß die Verluste fast doppelt so groß sind, als man zuerst angegeben hatte. Im heutigen Ministerrath wurde die Lage der Dinge in Tonkin in längerer Weise besprochen und auf die Nothwendigkeit hingewiesen, neue und bedeutende Verstärkungen nach Tonkin zu senden, falls der Krieg noch längere Zeit fortdauere. Kriegsminister Lewal hat bereits seinen Plan dazu ausgearbeitet.

Petersburg, 3. März. Es scheint nunmehr entschieden zu sein, daß der Minister des Innern, Graf Tolstoi, sich allmälig in den Ruhestand zurückzieht. Vorläufig soll er auf Urlaub in den Süden gehen und in seinem Amte vertreten werden, aber sein Alter und seine schwindende Gesundheit machen es unwahrscheinlich, daß er jemals wieder in den Dienst zurückkehren werde. Der Abgang dieses Mannes hat eine Bedeutung, wie diejenige keines anderen Ministers von heute sie haben würde. Der Minister des Innern hält die hauptsächlichsten Lebensfäden des Reiches heute mehr als je in der Hand, da fast alle Interessen in dem inneren Staatsleben zusammenlaufen, da Rußland fast nur noch als Zuschauer der äußeren Politik Europas gegenübersteht. Graf Tolstoi ist ein Mann von so ausgesprochenem Charakter, daß sein Abgang tiefgreifende Wirkung auf viele der wichtigsten Verhältnisse haben wird. Er war ein selbstständiger Kopf trotz seiner Freundschaft mit den Moskauer Slawisten, mit denen er freilich in den Hauptfragen meist zusammenging. Fünfzehn Jahre hindurch, von 1865 bis 1880, hat er als Minister der Volksaufklärung mit Katkow gemeinsam die Fahne des Klassiziemus hoch gehalten. Er hatte damals einen schweren Stand, denn gegen dieses klassische System war das Interesse der Mehrheit in der russischen Jugend gerichtet, welche so ernsten, langen, beschwerlichen Studien abgeneigt und von Natur mehr auf den Weg der Realbildung hingewiesen war. Hunderte von jungen Leuten scheiterten an dieser Klippe, indem sie die klassischen Gymnasien nicht durchliefen und dadurch von den Universitäts-Studien ausgeschlossen waren. Der Kampf zwischen Realismus und Klassizismus, unter Tolstoi vor die Regierung gebracht, wurde zu Gunsten des letzteren entschieden gegen die Meinung der großen Mehrheit des Volkes, und zwar vorwiegend durch die Zähigkeit Tolstoi's. Aber von den vielen Unzufriedenen, von den vielen Knaben, die dadurch in ihrem Bildungslauf unterbrochen wurden, wandten sich gar viele der radikalen Strömung zu, welche die Reihen des Nihilismus verstärkte. Als Ober-Prokurator des Synods hatte Tolstoi Gelegenheit, mit gleicher Starrheit, wie er der Klassizität in dem Unterrichte diente, für die Herrschaft der russischen Kirche gewaltsam aufzutreten und sich die fremden Bekenntnisse ebenso zu Feinden zu machen, als jene russische Jugend. Als er dann im Jahre 1882 durch den Einfluß Katkow's und Pobedonoszew's Minister des Innern ward, fand er sich gegenüber sowohl die fremden Nationen und Bekenntnisse als auch eben diese Jünglinge, die er als Knaben gegen sich aufgebracht hatte, und

hatte einen schweren Stand auch seinen Kollegen gegenüber, deren russischer Liberalismus den, wie man meinte, unpraktischen Mühen der klassischen Schule geringe Bedeutung beilegte. Tolstoi, Pobedonoszew und Katkow aber traten diesem Liberalismus mit der alten Festigkeit entgegen, und mit um so größerm Nachdruck, als der Minister nun in der Polizei die ganze Maschinerie leitete, welche jetzt zur höchsten Aufgabe hatte, den Nihilismus und was damit verwandt war zu bekämpfen. Es ist bekannt, daß seit der 1883 stattgehabten Krönung in Moskau der Minister äußerlich wenigstens Erfolg errang, indem eine Burg des Nihilismus nach der andern gesprengt wurde und das äußere Hervortreten der Verschworenen immer seltener wurde.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. März. Stadtverordneten-Versammlung vom 12. März. — Prüfung und Feststellung des Entwurfs zum Stadthaushalts-Etat für die Zeit vom 1. April 1885 bis 31. März 1886. — Vor Eintritt in die Berathung des Etats macht der Vorsitzende, Herr Dr. Scharlau, die Mittheilung, daß zum Etat ein Antrag ohne Namensunterschrift eingegangen ist (später meldete sich Herr Kurz als Antragsteller), nach welchem der Zuschlag zu den Steuern geändert werden soll, um die Hausbesitzer weniger zu belasten, und zwar wird beantragt 150 Prozent Zuschlag auf die Staats-Klassen- und Einkommensteuer, also eine Erhöhung von $16^2/_3$ Prozent, wodurch 889,000 Mk. in Einnahmen zu stellen wären. Der Zuschlag auf die Staats-Grund- und Gebäudesteuer soll von 75 Prozent auf 40 Prozent ermäßigt werden, wodurch die Einnahme von 266,000 Mk. auf 142,000 Mk. fallen würde. Der Zuschlag auf die Staats-Gewerbesteuer soll, wie bisher, auf 25 Prozent stehen bleiben. Bei Annahme dieses Antrages würde die Einnahme 25,000 Mk. weniger betragen als im Etatsentwurf. Um diese Differenz auszugleichen, wird beantragt, eventuell noch auf die Klassen A. I und A. II der Staats-Gewerbesteuer die Zahlung von 25 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen, wodurch eine Mehr-Einnahme von 21,100 Mk. erzielt würde, die Differenz gegen den Entwurf also nur 3900 Mk. betragen würde. — Der Antrag wird im besonderen dadurch motivirt, daß die zur Zeit bestehende Vertheilung der städtischen Lasten eine durchaus ungerechte sei, da nach dem Etats-Entwurf die Hausbesitzer zunächst ein volles Viertel sämmtlicher direkter Kommunalsteuern allein zu tragen hätten und dann zu den übrigen Steuern in demselben Maße beitragen müßten, wie die sonstigen Bewohner und weil die Hausbesitzer, die in der Mehrzahl durchaus nicht zu den begüterteren Bewohnern zu zählen seien, auch nicht einen Schatten mehr Recht hätten, wie alle übrigen Einwohner der Stadt. — Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß dieser Antrag nicht bei der Etats-Berathung zur Debatte gestellt werden könne, da derselbe eine Aenderung des Steuer-Reglements bezwecke und eine solche nicht auf der Tagesordnung stände. Der Antragsteller müsse daher den Antrag in einer späteren Sitzung stellen.

Demnächst wird in die Berathung des Etats eingetreten. Herr Cohn, welcher über denselben referirt, betont zunächst, daß der diesjährige Etat bedeutend einfacher sei als der vorjährige. Fragen von prinzipieller Bedeutung kämen fast gar nicht vor, mit Ausnahme der Ausgaben für die Neubauten der Schulen, für welche Seitens der Versammlung die Kosten bereits genehmigt seien. Der Entwurf des Etats schließt im Ordinarium in Einnahme mit 4,875,528,43 Mk., in Ausgabe mit 4,793,461,58 Mk. und läßt einen disponiblen Ueberschuß von 82,066,85 M. Auch in diesem Jahre erfordert wiederum den größten Mehrzuschuß der Schuletat, nämlich 45,200 M.; dieser Mehrzuschuß entsteht in Folge der fortschreitenden Verbesserung der Schuleinrichtungen, namentlich in Folge der zahlreichen Vermehrung der Klassen. Seit 10 Jahren hat die Schülerzahl eine Steigerung von 24 Prozent, die Lehrergehälter eine Steigerung von 32 Prozent und der Gesammtzuschuß eine Steigerung von 53 Prozent erfahren. Diese Steigerungen müssen Veranlassung sein, bei künftig beantragten Mehrausgaben die größte Reserve zu beobachten. Dies gelte auch bei Aufstellung des Normal Besoldungs-Etats. Referent hebt dies besonders hervor, damit in Lehrerkreisen nicht unerfüllbare Hoffnungen aufsteigen. — Eine sehr hohe Mehrausgabe wird auch für die Unterhaltung der Straßen gefordert und auch hier müsse nach Ansicht der Finanzkommission bei ferneren Bewilligungen mit großer Vorsicht vorgegangen werden, um eine Steuererhöhung zu vermeiden. Im Uebrigen sei der Etat den thatsächlichen Verhältnissen und den früheren Beschlüssen entsprechend entworfen.

Es wird sofort in die Spezialdebatte eingetreten.

Bei Titel I — Allgemeine Verwaltung — ist vom Magistrat das Gehalt des Rathsdieners Schultz von 1350 Mk. auf 1400 Mk. erhöht, die Finanzkommission beantragt, diese Erhöhung nicht zu bewilligen, da Schultz nach dem Normal-Besoldungsplan zu einem Gehalt in dieser Höhe noch nicht berechtigt sei. Die Versammlung beschließt auch demgemäß. — Die Position für Remuneration für Stellvertretungen und vorübergehende Hülfsleistungen wird von 2000 Mk. auf 1700 Mk. herabgesetzt.

Zur Beschaffung einer Uniform für den Rathhausportier sind 60 Mk. eingestellt, die Finanzkommission beantragt, diese Position zu streichen, da im Rathhause kein eigentlicher Portier, sondern nur ein Hauswart angestellt ist, welchem solche Arbeiten zufallen, bei denen er die Uniform nicht tragen kann.

Herr Stadtrath Couvreur bittet, die Position zu bewilligen. Der Verkehr des Publikums im Rathhaus sei bedeutend gestiegen, leider aber auch die Ausschreitungen, welche sich ein Theil des Publikums gegen die Beamten erlaube. Es sei aber im Rathhaus nicht ein einziger Beamter, welcher als solcher kenntlich sei, um erforderlichen Falls einschreiten zu können. Die Uniform mache den Portier dem Publikum gegenüber als solchen kenntlich, es solle indeß durch die Uniform kein Benefizium für den Portier geschaffen, sondern nur eine größere Garantie geboten werden für Aufrechthaltung der Ordnung im Hause.

Herr Wendlandt tritt gleichfalls für Bewilligung der Position ein. Nachdem jetzt die Stolting'sche Kunstsammlungen im Rathhaus untergebracht seien und nachdem Aussicht vorhanden, daß ein Tag in der Woche zur Besichtigung derselben durch das Publikum festgestellt wird, ist ein durch Uniform kenntlicher Beamter dringend nöthig, um das Publikum zurecht zu weisen.

Herr Greffrath ist der Ansicht, daß der jetzige Hauswart bei seinem Dienst keine Uniform trage könne und daß es sich eher empfehle, einen eigenen Portier anzustellen, der das Publikum zurecht weist.

Herr Oberbürgermeister Haken erwidert, daß dazu schon jetzt der Portier verpflichtet sei.

Herr Graßmann hält es für dringend nöthig, daß ein uniformirter Beamter stets im Rathhaus anzutreffen sei, denn bei der Bauart des Rathhauses sei es für Fremde unmöglich, sich darin zurechtzufinden.

Bei der Abstimmung wird die Position mit 25 gegen 25 Stimmen bewilligt.

Bei Kapitel „Reise-, Vermessungs- und Prozeßkosten" schlägt der Magistrat vor, einen neuerdings angefertigten Plan von Stettin anzuschaffen, den zum Abzug zu benützenden Stein zu kaufen und hierzu 400 Mark mehr in den Etat einzustellen.

Die Finanz-Kommission beantragt, diese Summe abzulehnen, da die Karte in zu kleinem Verhältniß (1 : 10,000) angefertigt sei. Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und die Position bewilligt.

Bei Titel II — Kirchliche Angelegenheiten — war nichts Besonderes zu erinnern

Titel III — Schul-Verwaltung — erfordert, wie schon oben bemerkt, einen Zuschuß von 45,200 Mk., die Schülerzahl beträgt 12,042 gegen 11,646 nach dem Etat pro 1884—85, der durchschnittliche Prozentsatz der Freischüler beträgt für sämmtliche Elementarschulen 40,65 Proz. Bei dem Etat des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums sind für Unterhaltung des Schulgebäudes eingestellt. Die Finanz-Kommission beantragt, hier noch 900 Mk. zur Verlegung der Privets einzustellen und entspinnt sich hierüber eine längere Debatte, welche mit Ablehnung des Antrages der Finanz-Kommission endet.

Bei den Gehältern der Beamten der Schul-Deputation monirt Herr Petermann, daß einem Hülfsarbeiter eine Zulage von 180 Mark bewilligt ist, derselbe ist der Ansicht, daß man bei der jetzigen Zeit eine Menge Arbeiter findet, welche die Beschäftigung gegen die frühere Vergütung von 1260 Mk. übernehmen.

Herr Schulrath Dr. Krosta weist darauf hin, daß es sich hier um einen alten, bewährten Hülfsarbeiter handle, welcher bereits seit 8 Jahren für die Stadt thätig ist und längst fest angestellt wäre, wenn er zivilversorgungsberechtigt wäre.

Herr Dr. Wolff tritt für Bewilligung der Position ein und wird der Antrag des Herrn Petermann mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Ein Antrag des Herrn Döring, die Position von 750 Mk. zur Veränderung und Verlegung der 1. Klasse und des Geschäftszimmers in der Mädchenschule auf der Oberwiek vorläufig nicht zu bewilligen, wird gleichfalls abgelehnt.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Fledermaus."

In Wien ist ein blinder Geiger aufgetreten, der, erst im jugendlichen Alter von kaum zehn Jahren, es schon zu einer geradezu erstaunlichen Fertigkeit und Virtuosität auf der Geige gebracht hat. Otto Steinberger heißt der Wunderknabe. Das „Fremdenbl." schreibt über ihn: Der junge Bursche, Sohn blutarmer Eltern, die sich nur nothdürftig zu erhalten vermögen, hatte das Unglück, im Alter von 16 Monaten in Folge einer Blatternkrankheit zu erblinden. Das unglückliche Kind, so frühzeitig seines Augenlichts beraubt, zeigte eine außergewöhnliche Vorliebe für Musik und erbat sich schon als ganz kleiner Knabe vom Vater, der ein wenig Violine zu spielen versteht, im Spielen auf diesem Instrument unterrichtet zu werden. Er bekam eine Geige in die Hand, und mit jener Sicherheit, die uns an blinden Personen so häufig in Erstaunen versetzt, eignete er sich die Handgriffe an. Der Bursche, dessen Blindheit unheilbar ist, kam im Alter von sechs Jahren in die Landes-Blindenschule in Purkersdorf, wo er lesen und schreiben lernte, und hier entdeckten die Lehrer an dem Kleinen ein ungewöhnliches musikalisches Talent, das sich mit einem phänomenalen musikalischen Gedächtniß paarte. Ein langes und schwieriges Konzertstück, das dem Knaben ein oder höchstens zwei Mal auf dem Klavier vorgespielt wurde, welches Instrument er übrigens selbst zu behandeln versteht, vermochte er ohne Fehler auf der Geige nachzuspielen, und dies mit einer Trefflichkeit und Reinheit des Tones, die Aufsehen erregen mußten. Bei seinem ersten öffentlichen Auftreten in Wien spielte der Knabe mit Klavierbegleitung sieben große Konzertstücke, denen er noch eine eigene Komposition, eine Art ungarischer Rhapsodie, beigab. Es bot einen ergreifenden Anblick, zu sehen, wie sich die Züge des blassen Gesichtchens beseelten, wie dem Knaben das Feuer in die Wangen stieg, wenn er an eine besonders schwierige Stelle kam. Der Kleine führte den Bogen mit frappirender Sicherheit und der Ton klang so rein und voll, daß man billig staunen mußte, wie ein so junger Geiger derlei zu Wege bringen könne.

Volkswirthschaftliches.

Der Entwicklungsgang der Kaiser Wilhelms-Spende.

II.

Als Versuchsfeld im größeren Umfange wählte man 1882 den Regierungsbezirk Liegnitz und 1883 den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Beide Gebiete wurden zu einer Bezirksdirektion vereinigt und dem Unterzeichneten ehrenamtlich zur Förderung der Anstaltszwecke übertragen. Welchen Erfolg das Engagement von Privaten hatte, möge man aus den nachfolgenden Zahlen ersehen. Während im Geschäftsjahr 1881/82 im Liegnitzer Regierungsbezirk nur 6160 M. eingezahlt waren, erhöhte sich die Summe im folgenden Geschäftsjahr sofort auf 42,210 M., also um das Siebenfache. 1883/84 stieg die Summe auf circa 60,000 M., und im laufenden, noch nicht beendeten Geschäftsjahr sind bereits 66,580 M. eingezahlt. Im Frankfurter Bezirk stiegen die Einlagen vom Geschäftsjahr 1882/83, wo sie nur 4710 M. betrugen, analog auf 16,163 M. und im laufenden Geschäftsjahr schon auf 33,272 M. In beiden Bezirken betrug die Einzahlung im Ganzen bis jetzt 252,930 M., von welchen nur 37,750 M. auf die Zeit der ausschließlichen Einzahlung bei den amtlichen Zahlstellen entfallen. Dabei sei indeß erwähnt, daß einzelne derselben allerdings gleich gute Resultate wie manche Private erzielt haben.

Diese augenscheinlichen Erfolge haben die Verwaltung dahin geführt, dies System inzwischen auch an andern Stellen des Reiches, an denen ähnlich günstige Verhältnisse vorlagen, einzuführen. Solche grundlegenden Anordnungen lassen sich indeß nur nach und nach an der Hand des Grundsatzes durchführen, überall da im Lande einzusetzen, wo die Bedingungen für die Zunahme der Betheiligung gegeben sind.

Was die zahlenmäßigen Erfolge der Stiftung aber im ganzen Reichsgebiete betrifft, so stiegen die Einlagen in den einzelnen Geschäftsjahren, von 1879/80 an bis zum gegenwärtigen, von 41,800 M. auf 156,200, 159,800, 229,900, 412,000 und 680,000 M., so daß die Einzahlungen im Ganzen, bei einem Mitgliederkreise von 8000, bis jetzt also auf etwa $1^3/_4$ Millionen M. angewachsen sind.

Diese Erfolge verdienen gewiß die weitgehendste Beachtung, wenn man in Betracht zieht, daß die Stiftung auf vorsichtiger, aber damit zugleich auch sicherer Grundlage aufgebaut ist. Sie kann nicht, wie eine freier dastehende und eventuell mit einem Risiko arbeitende Privatgesellschaft operiren, da sie dem deutschen Volke für die Erhaltung des Grundkapitals — von ca. 2 Millionen Mark, — unter allen Umständen verpflichtet bleibt; sie kann auch ebensowenig mit prunkenden Reklamen vorgehen. Was sie verspricht, muß sie unbedingt halten können. Ihre Entwicklung kann daher auch nicht wellenartig, sondern nur gleichmäßig stetig vor sich gehen. Diesen Gang hat die Stiftung, ungeachtet vielfacher Angriffe, seither innegehalten, wie man sieht, und wird sie zweifellos auch weiterhin bewahren. Wünschenswerth wäre es aber, wenn sich noch mehr wie seither aus dem Reichsgebiete Einzelne, welche einen gewissen Einfluß auf ihre Kreise ausüben, der Direktion, welche in Berlin, Mauerstraße 85, ihren Sitz hat, behufs freiwilliger Förderung der Anstaltszwecke zur Verfügung stellten. Die Direktion wird gern bereit sein, hierüber in Verhandlungen zu treten und dasjenige Material zu übersenden, welches zur vorherigen Orientirung erforderlich ist.

Bringt man dieser nationalen Stiftung aber auch aus den breitern Schichten des Volkes dasjenige Vertrauen entgegen, das sie sowohl als gemeinnützige, wie solche Anstalt verdient, und lassen die leitenden Behörden andrerseits mit gleichem Schritte diejenigen Einrichtungen folgen, welche sich sowohl aus der gewonnenen Erfahrung, als aus den Bedürfnissen des sozialen Lebens ergeben, so rechtfertigt sich die Hoffnung, daß die Kaiser Wilhelms-Spende, für welche die heutige Zeit gerade einen überaus günstigen Boden bietet, sich noch zu einem nationalen Wohlfahrts-Institut von breiter Grundlage entwickeln werde. Ihr Entwickelungsgang wird und muß aber ein anderer sein, als der gleichartiger Privatgesellschaften.

Görlitz, im März 1885.

v. Schenckendorff.

Entscheidungen deutscher Gerichtshöfe.

Nach den neusten Zeitschriften und Sammlungen.

Die unrichtige Androhung der Dispositionsstellung in der Mängelanzeige benimmt letzterer ihre Wirkung nicht. U. II. Zivilsen. R. G. 14. Oktober 1884.

Ein reines Differenzgeschäft ist dann anzunehmen, wenn nur die demnächstige Koursdifferenz den Gegenstand des Geschäfts bildet. U. III. Zivilf. R. G. 7. Okt. 1884.

Die Beladung von Kohlenkörben neben Lokomotive und Schienen ist eine betriebsgefährliche Arbeit. Urtheil V. Zivilsen. R. G. 29. Oktober 1884.

Das Absonderungsrecht wird außerhalb des Konkurses geltend gemacht, im Konkurs nur bei Ausfall oder Verzicht auf Absonderung (§ 57 K. O.). Der § 133 versteht unter „Vorrechten" nicht Absonderungsrechte. U. II. Zivilsen. R. G. 10. Okt. 1884.

Das Fehlen der Schutzvorrichtung kann bei jedem Unfall geltend gemacht werden, der durch Zufall oder ein dem Beschädigten nicht zuzurechnendes Versehen herbeigeführt wurde. U. des V. Zivilf. R. G. 4. Okt. 1884.

Vermischte Nachrichten.

— Ein außerordentlich interessanter Patient befindet sich nach Mittheilung der „Post" in der Berliner Charité. Das genannte Blatt berichtet: Der Schriftsetzer Sch. wurde im Mai v. J. an einer Darmverschlingung eingeliefert. Der Fall war ein so komplizirter, daß zur Herstellung einer künstlichen Afteröffnung, und zwar an der linken Bauchseite, oberhalb der Verschlingung, geschritten werden mußte. Seit dem Tage dieser Operation, also seit zehn Monaten, hat der Patient kontinuirlich bis zur Brusthöhe im Wasser sitzend zugebracht, in einem Bade, dessen Temperatur auf der Blutwärme erhalten wurde und welches die wirksamsten antiseptischen Zusätze erhielt. Dieses Verfahren hatte den Erfolg, daß der Patient gestern zum ersten Male aus der Charité auf sechs Stunden beurlaubt werden konnte, um private Angelegenheiten zu ordnen.

Wernigerode, 7. März. Ueber die nunmehr festgestellte Linie der Bahn Wernigerode-Brocken, deren Bau in der Mitte des Sommers beginnen soll, erhält das „Int.-Bl." folgende Mittheilung: Am Bahnhof Wernigerode beginnend, geht die Brockenbahn am Hospital St. Georgii vorbei, dann auf der linken Seite der Holtemme entlang an der Fabrik von Berger und Mayburg vorbei nach dem Gasthof Hohnstein, von da auf der rechten Seite der Holtemme bis zum Silbernen Mann, um nun, dieselbe wieder überbrückend, rechts am Berge in fortwährendem Steigen, bis zur Höhe der Steinernen Renne hochgehend und dann rechts abbiegend, ungefähr parallel der Chaussee in der Richtung nach der Plessenburg zu ziehen. Hier dicht an der Wolfsklippe vorbei, diese links lassend, durch die Steinbrüche hindurch, um den Wolfsberg und Gebbertsberg herum nach der Vereinigung der vier Chausseen am Schlußbach und von hier neben der Buchhorstklippe durch das Schneeloch den Brocken grade hinauf in die Höhe. Haltestellen werden wir folgende erhalten: 1) Bahnhof Wernigerode, 2) Westernthor, 3) an der Fabrik von Berger und Mayburg, 4) Gasthof Hohnstein, 5) Silberner Mann, 6) Steinerne Renne, 7) am Wege nach der Plessenburg und den Wolfsklippen, 8) an der Vereinigung der Chausseen am Schlußbach, 9) Brocken.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 12. März. Die intransigenten Zeitungen protestiren dagegen, daß die am Dienstag verhafteten Sozialisten über die Grenze gebracht werden sollen; eine solche Maßnahme käme einer Auslieferung gleich.

Es ist Befehl ertheilt worden, die kürzlich Ausgewiesenen, welche über die nördliche Grenze Frankreich wieder betraten, zu verhaften.

Paris, 12. März. Ein Telegramm des Admirals Lespes aus Kelunz vom 8. d. M. meldet, der Oberst Duchesne habe am 4. d. M. mit 1300 Mann die Stellungen der Chinesen angegriffen. Nach einer Reihe glänzender Gefechte, welche 4 Tage dauerten, seien die Chinesen aus allen früher innegehabten Stellungen vertrieben und gegen Tamsui zurückgeworfen worden, auf der Flucht hätten sie 2 Kanonen, zahlreiche Flinten und Fahnen und eine große Menge Munition zurückgelassen. Die Franzosen hätten ungefähr 200 Todte und Verwundete gehabt. Der Gesundheitszustand sei ein guter.

Petersburg, 12. März. Dem Generalmajor à la suite des Kaisers, Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, ist der Abschied mit Uniform bewilligt worden.

Bukarest, 11. März. Im Senat wurde heute die Interpellation über das Einfuhrverbot für Rindvieh aus Rumänien nach Oesterreich-Ungarn verhandelt. Nachdem dieselbe von Bratiano und Campineano beantwortet worden, nahm der Senat eine Tagesordnung an, in welcher das Vertrauen in den Patriotismus der Regierung ausgesprochen wird.

Rom, 11. März. In der Deputirtenkammer ist bisher keine Kreditvorlage für die Expedition nach dem rothen Meere eingebracht. Wie die „Agenzia Stefani" meldet, sollen die Ausgaben für die Expedition aus den Ersparnissen, welche durch die in Folge des Ausbruches der Cholera im vorigen Sommer unterbliebene Einberufung der Truppen zu Waffenübungen erzielt worden sind, bestritten werden. Bei dem Kriegsbudget werde zwar ein Virement beantragt werden, jedoch ohne das Kriegsbudget zu erhöhen.